

DAS KRISEN-PERSONAL

„Die falsche Navigationskarte führte die EU in eine Depression, sie tritt beim schwächsten Glied – Griechenland – am deutlichsten auf.“

Angela Merkel

Stellt die Weichen für die Zukunft des Euro. Lernfähig. Die Rolle zwischen überzeugter Europäerin und unnachgiebiger Bankbeamtin entwickelt sich aber zunehmend zum unmöglichen Spagat.



Alexis Tsipras

Lacht sehr viel in äußerst ernstesten Situationen. Knausrig mit durchrechenbaren Plänen und offensichtlich nicht Herr einer fähigen Verwaltung, die solche Pläne erstellen könnte. Ausbaufähig.



Das finanzkapitalistische Modell schädigt den Staat und die Unternehmen. Es ist die erste Ursache der Schuldenkrise, deren erstes großes Opfer nun Griechenland ist.

Und die Schuld trägt immer der SCHULDNER



Von Stephan Schulmeister

Es ist ein rätselhaftes Phänomen: In den 1950er- und 1960er-Jahren baute die Politik den Sozialstaat aus und regulierte die Arbeits- und Finanzmärkte, gleichzeitig herrschte Vollbeschäftigung und die Staatsschuldenquote sank. Seither wurde der Staat angeblich „schlanker“, aber Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung steigen.

Nach herrschender Weltweisheit hätte die Entwicklung umgekehrt verlaufen müssen. Denn je freier die Märkte und je „zurückhaltender“ der Staat, desto besser. Und wo ein Problem in Erscheinung tritt, dort lägen auch seine Ursachen: An der Staatsverschuldung ist der Staat schuld, an der Arbeitslosigkeit die Arbeitslosen (zu teuer).

Mainstream-Ökonomen ignorieren daher die langfristige Entwicklung und konzentrieren sich auf die aktuelle Symptomatik: Verfehlt ein Land sein Budgetziel, wird „more of the same“ verordnet. Sparauflagen dämpfen die Wirtschaft, die Arbeitslosigkeit steigt und damit auch die Staatsverschuldung – eine fatale „Rückkoppelungsdynamik“.

Deutsche Rezepturen

Doch halt! Deutschland hat ja auch gespart und überdies den Arbeitsmarkt liberalisiert sowie Löhne und Arbeitslosengeld gekürzt. So wurde aus dem Nachzügler die dynamischste Ökonomie Europas! Ja, aber auf Kosten ihrer Partner. Das zeigt eine systemische Analyse.

Die ökonomische Dynamik ergibt sich aus der Interaktion von vier Sektoren: Die privaten Haushalte, die Unternehmen, der Staat und das jeweilige Ausland. Die Haushalte geben weniger aus als sie einnehmen, sie sparen. In der Prosperitätsphase haben die Unternehmer das Sparen der Haushalte via Investitionskredite in Maschinen und Arbeitsplätze verwandelt: Ihr Defizit war annähernd so hoch wie die Überschüsse der

Haushalte. Die Salden des Auslands (Leistungsbilanzen) waren ausgeglichen, also auch die Budgetsalden der Staaten – die Summe von Überschüssen und Defiziten ist ja immer Null.

Warum haben die Unternehmer permanent Defizite gemacht? Weil Investieren profitabel war: Durch Finanzspekulation war nichts zu holen (feste Wechselkurse, stabi-

„Verfehlt ein Land sein Budgetziel, werden Sparauflagen verordnet. Diese dämpfen die Wirtschaft, die Arbeitslosigkeit steigt und damit die Staatsverschuldung.“

le Rohstoffpreise, niedrige Zinsen und – in Europa – schlafende Aktienbörsen), Rezessionen waren angesichts einer aktiven Wirtschaftspolitik nicht zu befürchten, der Ausbau des Sozialstaats stimulierte den Konsum.

Die realkapitalistische Spielordnung scheiterte an ihrem Erfolg: Anhaltende Vollbeschäftigung stärkt die Gewerkschaften, sie fordern Mitbestimmung und Umverteilung, die Zahl der Streiks steigt, der Zeitgeist dreht nach links, die Sozialdemokratie bekommt Aufwind. Bedrängt wenden sich die

Unternehmer (vertreter) der neoliberalen Weltanschauung zu.

Mit der Deregulierung der Finanzmärkte Anfang der 1970er-Jahre beginnt die finanzkapitalistische Krisenphase. Schwankende Wechselkurse, Rohstoffpreise, Aktienkurse und Zinssätze erhöhen die Unsicherheit von Realinvestitionen und gleichzeitig die Gewinnchancen von Finanzspekulation. Die Unternehmen reduzieren Investitionen und Kreditaufnahme, seit mehr als 10 Jahren sind sie zu einem Überschusssektor geworden.

Dies ist die erste Hauptursache der steigenden Staatsverschuldung. Denn nun sind es die Staaten, bei denen jenes Defizit hängen bleibt, das den Überschüssen der Haushalte entspricht: Bei abgeschwächter Realkapitalbildung werden immer weniger Arbeitsplätze geschaffen, trotz Zunahme prekärer Jobs steigt die Arbeitslosigkeit, dies belastet die Sozialbudgets und dämpft die Staatseinnahmen.

Der zweite Hauptgrund besteht darin, dass der Zinssatz seit 1980 fast permanent über der Wachstumsrate liegt. Unter dieser – für den Finanzkapitalismus typischen – Bedingung darf ein Schuldner

nur weniger Kredite aufnehmen als er an Zinsen für die Altschuld zu bezahlen hat. Um einen solchen „Primärüberschuss“ zu erzielen, reduzierten die Unternehmen ihre Kreditaufnahme und damit die Investitionen. Da gleichzeitig auch die privaten Haushalte Primärüberschüsse erzielen (sie sparen mehr als ihre Zinserträge), konnte es dem Staat nicht gelingen, selbst einen Primärüberschuss zu erreichen. Also steigt die Staatsverschuldung stärker als das BIP.

Die selige Leistungsbilanz

Einzelne Staaten können auch unter diesen Bedingungen ein ausgeglichenes Budget erreichen, aber nur durch Überschüsse in der Leistungsbilanz (= Defizite des Auslands). Das ist der Weg Deutschlands, besonders seit Gründung der Währungsunion. Diese erfordert, dass die Lohnstückkosten im Ausmaß der Zielinflationsrate von 2 Prozent steigen. In den übrigen Euroländern stiegen sie bis 2008 sogar um 2,5 Prozent pro Jahr, doch Deutschland hielt sie konstant und verbesserte die eigene Position gegenüber seinen Euro-Partnern um 19 Prozentpunkte. Dies dämpfte die deutschen Im-

porte und stimulierte die Exporte. Bis zum Ausbruch der Finanzkrise 2008 stützte Südeuropa mit einer sehr starken Ausweitung seiner Importe die damals stagnierende deutsche Wirtschaft (5 Millionen Arbeitslose), die Ungleichgewichte in der Leistungsbilanz weiteten sich aus: Mit den deutschen Überschüssen wurden die Defizite Südeuropas finanziert, primär durch Kreditvergabe deutscher und französischer Banken.

Fazit: Im Bereich der Makroökonomie stellt die Diagnose „Der Schuldner ist schuld“ einen intellektuellen Supergau dar. Diese Symptomatik liegt aber den Fiskalregeln der EU zugrunde. Auch die Aufforderung, die anderen Länder mögen dem Vorbild Deutschlands nacheifern, stellt eine logische Unmöglichkeit dar (alle Länder müssten Leistungsbilanzüberschüsse erzielen). Doch innerhalb eines Denksystems kann man das Denksystem selbst nicht als Krisenursache erkennen. Opfer dieses „Kurzschlusses“ sind Millionen Menschen in Europa.

Die falsche Navigationskarte führte Europa in eine Depression, sie tritt beim schwächsten Glied – Griechenland – am deutlichsten in Erscheinung. Der Symptomträger

SPRACH-ZUSTÄNDE

Von Trost bis Trotz: Politische Wortspenden zu Griechenland

„Ich bin bereit, dir zu helfen, aber hilf mir, damit ich dir helfen kann.“
(François Hollande, fr. Präsident zu Alexis Tsipras, 5. Juli)

„Wir sind zu Gesprächen bereit. Angesichts der Entscheidung der griechischen Bürger gibt es zur Zeit nicht die Voraussetzungen, um in Verhandlungen über ein neues Hilfspaket einzutreten.“
(Angela Merkel, dt. Kanzlerin, 6. Juli)

„Unser Ziel ist es, Griechenland in der Eurozone zu halten. Aber ob das gelingt, werden wir sehen. Wir wünschen uns Vorschläge aus Athen.“
(Jeroen Dijsselbloem, Eurogruppenchef, 6. Juli)

„Das Referendum vom 5. Juli bleibt ein einzigartiger Moment in der Geschichte, in dem ein kleines Volk sich gegen die Schuldnechtschaft erhoben hat.“

(Janis Varoufakis, gr. Finanzminister, 6. Juli)

„Den Griechen droht eine entsetzliche Notlage, sollte die EZB weitere Hilfen verweigern.“
(Giorgos Stathakis, gr. Wirtschaftsminister, 6. Juli)

„Jetzt sollten wir alle ein Referendum abhalten, ob wir den Griechen weiter Geld borgen. Und dann aufs Volk hören – so wie die Griechen es fordern.“
(Taavi Roivas, estn. Regierungschef, 6. Juli)



Mario Draghi

EZB-Chef – letztlich auch Herr über den Inhalt griechischer Bankomaten. Würde vieles tun, um Griechenland zu halten, darf aber nicht mehr tun, als sein Mandat erlaubt. Verzweifelt kompromissbereit.



Der Bürger

Die Stimmung der Europäer ist nach den letzten Umfragen für einen Verbleib Griechenlands in der Eurozone, aber nicht um jeden Preis. Weitere Zahlungen lehnen sie aber strikt ab. Ratlos unzufrieden.



„Es gibt keine Schuldentilgungsmoral moderner Staaten, höchstens ein vages Konzept von Belastbarkeit durch Schulden.“

hilft den Eliten, den systemischen Charakter der Krise und ihre eigene Mitschuld zu verdrängen: Die „Pleite-Griechen“ leben in einem abgewirtschafteten Staat, faul, aber schlau.

Rekapitulieren wir: Vom Eurobeitritt (2001) bis zur Finanzkrise (2008) wächst die griechische Wirtschaft enorm (+27,5 Prozent gegenüber +9,5 Prozent in Deutschland), aber konsumgetrieben, das Defizit der Leistungsbilanz steigt dramatisch. Die Finanzkrise deckt die Schwächen auf und die Finanzalchemisten erfinden ein neues Spiel: die Spekulation auf den Staatsbankrott. Die Politik greift nicht ein (wie Draghi später im Sommer 2012), sondern erhebt „die Märkte“ zum Richter, der mit den hohen Zinsen gerechte Strafen verhängt. Und Merkel möchte die Anti-Griechenland-Stimmung im Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen nützen.

Bankenauszahlung

Zweistellige Zinsen erzwingen im Mai 2010 den Rettungsschirm. IWF-Experten stellen fest: Die griechischen Schulden sind untragbar und müssen umstrukturiert werden samt Verlusten der Gläubigerbanken. Die Politik verhindert dies: Griechenland muss zusätzliche Kredite bei öffentlichen Stellen aufnehmen (IWF, EZB, Rettungsschirm), die deutschen und französischen Banken werden ausbezahlt.

Die Kredite werden an die brutalsten Sparauflagen der Geschichte gebunden (die Maßnahmen von Reichskanzler Brüning 1930/32 bzw. von Irland und Portugal waren dagegen sanfte Verschlangungskuren): Das BIP schrumpft um 25 Prozent, die Arbeitslosigkeit verdreifacht sich, annähernd 40 Prozent der Bevölkerung haben keine Krankenversicherung mehr, tausende Menschen sterben vor der Zeit.

Die Bevölkerung kann nicht mehr und stimmt deshalb für Syriza. Diese fordert ein Ende der Austeritätspolitik. Für einen solchen Kurswechsel zurück zu einem sozialen Europa brauche es einen EU-weiten Schuldenerlass und eine expansive Wirtschaftspolitik zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, Armut und Staatsverschuldung.

Dass die neue Regierung nicht als Bittsteller auftrat, sondern die Politik der christ- und sozialdemokratischen Eliten in ganz Europa kritisierte, war zu viel.

Es entwickelte sich ein Glaubenskrieg, also ein „Rendez-vous mit der Macht“, und da stand es 18 zu 1. Die Verhandlungen waren daher sinnlos, hatten aber – aus Sicht der 18 „guten“ Länder – einen Zweck: Griechenland im Euro halten (alles andere käme zu teuer) und die Syriza-Regierung los werden.

Doch mit dem Ausgang des Referendums erwies sich die griechische Demokratie wieder als nicht „marktkonform“. Eine Gelegenheit zum Lernen.



Der Euro als Ganzes braucht einen Rettungsplan, nicht nur die Regierung in Griechenland. Je eher, desto besser. Ein Schulden-Kommentar.

Von Gläubigern, die zu Bettlern werden

| Von Oliver Tanzer

Ja, ja – die Regeln. Die Griechen haben sie alle gebrochen. Gegen die Regeln des Euro haben sie schon verstoßen, noch bevor sie überhaupt Mitglied des Klubs wurden. Und die Regeln der Politik in Europa? Wie man sich zusammensetzt, wie man verhandelt, wer die Macht und wer das Geld hat, wer kleiner ist in Europa und wer groß – mit wem darf man sich anlegen und mit wem nicht – das alles ist festgelegt in einem ungeschriebenen Kodex – und dieser Kodex bestimmt die EU. Und was sagen die Griechen dazu? Nebbich, sagen sie.

Unmöglich revolutionär

Die griechische Regierung hat sich seit ihrem Amtsantritt keinen Deut um die Finessen des Parketts gekümmert. Sie versucht das Unmögliche, das Aufmüpfge, Revolutionäre. Das Hemd über der Hose war dazu die Konfektion, der Rauswurf der Troika die Geste, und das Manifest lieferten die willigen Parteiblättchen: Den Deutschen ließ man dieser Art ausrichten, sie seien Nazi-Erpresser. Wer den erbosten Ministern der Eurogruppe so zuhörte, konnte glauben, die Griechen würden dort, statt zu verhandeln, unverschämte pokern. Vergleichbar etwa einer besonderen Variante des Schnapskartenspiels: dem „Bettler“. Dabei gewinnt jener Spieler, der die schlechtesten Karten hat

und niemals sticht. Aber soviel hätte man schon wissen können: die Macht des Bettlers gibt es in der EU nicht, in dieser Tonart hören wir es seit Sonntag aus allen Zeitungen. Schuldner haben nichts zu fordern – so sieht das die überwiegende Mehrheit der EU-Bürger. So wie Sünden gebüßt werden, müssen auch Schulden zurückgezahlt werden. Das ist die Maxime der veröffentlichten Finanz-Moral.

Aber das ist Unsinn. Denn diese Moral gilt nicht für Staaten. Sie gilt für Bürger. Wir, die Steuerzahler, die Unternehmer, die Arbeiter und Angestellten – wir haben diese Moral tatsächlich. Ein jeder von uns zahlt treulich seinen Kredit zurück, sein Einfamilienhaus, seine Schulden bei der Sozialversicherung – und zwar bis zur Pfändung. Wir sind moralisch bis zur Registrierkassen-Pedanterie.

Wenn wir aber unsere persönliche Redlichkeit auf den Staat projizieren wollen,

„Die Regierung Tsipras versucht das Unmögliche, das Revolutionäre. Das Hemd über der Hose ist dabei die Konfektion, das Manifest liefern die Parteiblättchen: ‚Deutsche Nazi-Erpresser.‘“

scheitern wir kläglich. Es gibt beispielsweise keinen Staatsmann, der bei Sinnen wäre und behaupten würde: „Ich mache mein Land schuldenfrei.“ Der letzte, der diese Vision hatte, hieß Nicolaj Ceausescu. Er war menschlich, politisch und ökonomisch ein

Idiot und ist daran zugrunde gegangen – und vor ihm unter seiner Verantwortung leider viele Tausende Menschen.

Es gibt also eine Schuldentilgungsmoral moderner Staaten nicht, höchstens ein vages Konzept von Belastbarkeit des Budgets durch Schulden, die wir mit dem schönen Wort „Tragfähigkeit“ benennen. Aber Schulden hat jeder Staat – und das aus gutem Grund. Denn Schulden haben unser Wirtschaftssystem seit mehr als 250 Jahren angetrieben. Sie waren der Generator unseres Wohlstandes. Ohne Kreditwesen und damit ohne Schulden gäbe es den Fortschritt der Marktwirtschaft nicht. Vor der Entwicklung des Bankwesens, man kann auch sagen, vor der Geld- und Schuldenschöpfung (David Graeber), betrug das Wachstum der globalen Wirtschaft ein Prozent pro Jahr. Danach stieg es trotz Krisen auf mehr als fünf.

Das System der Änderung

Wie aber nun mit Griechenland verfahren, das alle Schuldenhorizonte gesprengt hat? Soll man es aus Europa weisen aufgrund eines Referendums, das nichts weiter signalisiert als die Verzweiflung eines Volkes über einen Sparkurs, der viel mehr Schaden anrichtete als Nutzen stiftete? Es gäbe zwar einige Gründe, die für einen Grexit sprächen – etwa die gesteigerte Konkurrenzfähigkeit durch eine weiche Währung. Aber das ist nur mit einem lange und genau entwickelten Plan möglich. Diesen Plan gibt es nicht in Athen und nicht bei der EU.

Gibt es also dann keine Hoffnung? Doch. Es ist eine Eigenart eines flexiblen marktwirtschaftlichen Systems, dass es relativ rasch Fehler erkennen und korrigieren kann. So entstand aus einer drohenden Revolution Ende des 19. Jahrhunderts die Sozialversicherung, so entstand nach den Verheerungen des Zweiten Weltkriegs die soziale Marktwirtschaft. Und von solchen Beispielen gäbe es viele mehr, nicht zuletzt den „New Deal“ in den USA.

Intelligenter Kapitalismus verhandelt also ständig sein Repertoire mit sich selbst. Und das führt uns zum Punkt, an dem man Tomaso di Lampedusa abwandeln kann: Wenn alles so stabil bleiben soll, wie es ist, muss sich alles ändern: In unserem Fall ist das die Währungspolitik, die Sozialpolitik und das Miteinander der Staaten. Wenn derzeit alle EU-Spitzen von Griechenland fordern, es möge doch endlich einen Plan unterbreiten, kann man dem nur entgegenhalten: Auch wir brauchen einen Plan und zwar ebenso dringend wie Alexis Tsipras. Das Scheitern Griechenlands am Euro ist auch ein Scheitern des Euro an seinen Regeln.

Der Euro verschärft die Ungleichgewichte in der Wettbewerbsfähigkeit der Staaten anstatt sie zu mildern. Er verschärft die Konflikte zwischen Schuldner und Gläubiger. Er trägt damit zum Auseinanderdriften Europas bei. Als die gemeinsame Währung erfunden wurde, sollte sie den Kontinent untrennbar vereinen. Nun tut er das Gegenteil.

Wenn die Staats- und Regierungschefs der Union das nicht erkennen und reparieren, steht mehr als Griechenland zur Disposition. Nicht nur die „Südostflanke“ Europas (ökonomisch, militärisch, geostrategisch), und der Balkan. Sondern auch Rumänien, Ungarn. Das Anti-EU-Lager und mit ihm Wladimir Putin würden wahre politische Feste feiern können. Solange also nichts Besseres auf dem Tisch liegt als ein Haarruckaustritt, kann man diesen Schritt nicht geschehen lassen. Denn in diesem Szenario gibt es keinen Trumpf auszuspielen und keinen Stich zu machen. Die „Bettler“ sind dann wir alle.